"Geeintes Europa" in Luxemburger Wort (13. Februar 1948)

Legende: Am 13. Februar 1948 berichtet die Tageszeitung Luxemburger Wort über die Bemühungen der Föderalisten für die europäische Einigung und erläutert die wichtigsten Zielsetzungen dieser Einigung.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 13.02.1948, n° 44; 101e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/"geeintes_europa"_in_luxemburger_wort_13_februar_1948-de-73a5acf4-eb4e-4054-a0c2-93d5f83ae16e.html

Publication date: 15/09/2012

Geeintes Europa

Die Idee von einer europäischen Staatenföderation ist nicht neu. Seit hundert Jahren liegt sie sozusagen in der Luft. Immer jedoch, wenn sich welche ernsthaft um ihre praktische Verwirklichung bemühen wollten, zerrann in nichts, was eben noch so naheliegend und greifbar erschienen war. Briand, z. B. mußte das damals in Genf zu seinem Leidwesen erfahren. Daß dann aber die Idee doch immer wieder erstand und die ernstesten Politiker immer wieder beschäftigte, dürfte allein schon genügen, ihre Aktualität und Güte zu beweisen.

In unsern Tagen hat sie durch die Not der Zeit neuen Auftrieb erhalten und steht vielleicht näher vor ihrer Verwirklichung als wir glauben. Churchill, Bevin, van Zeeland und so manch andere, die politisch und wirtschaftlich international hoch in Kurs stehen, sehen im engeren Zusammenrücken der Staaten Europas das einzige Heil für unsern Kontinent. So erklärte z. B. Thomas Dewey, der Gouverneur des Staates New York, Roosevelts seinerzeitiger Präsidentschaftsgegenkandidat, gestern abend anläßlich des Abraham Lincoln-Tages in Boston, um Europa zu helfen, müsse man einen neuen Weg einschlagen und der erste Schritt auf diesem Wege müsse die Neubelebung der europäischen Produktionskraft sein. Insbesondere aber brauche Europa Einigkeit, denn solange der Kontinent in mehr als 20 Einzelstaaten zersplittert sei, werde er die Gelüste eines Aggressors immer von neuem wecken. Wenn das freie Europa aber in eine große Föderation zusammengeschlossen sei, könne es zu einem Bollwerk des Friedens werden. Dewey fügte hinzu, die sechzehn Teilnehmerstaaten des Marshallplanes z. B. hätten, zusammen mit Westdeutschland rund doppelt soviel Einwohner als die Vereinigten Staaten von Amerika und neben ihrer Bedeutung für die westliche Kultur verfügten sie auch über große materielle Reserven.

Stellt sich nur die Frage, ob die Länder Europas endlich dazu kommen werden, durch freiwillige Zusammenarbeit, diese Reserven zu ihrem eigenen Vorteil und der Sache des Friedens dienend auszunutzen. Wir erinnern uns, Anfang Januar hier in Luxemburg auf einer Konferenz Vertreter der Föderalistischen Union mit Sitz in Genf gehört zu haben, die mit Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Einigung Europas sprachen. Eben diese Föderalistische Union wollte einen ersten Schritt zur Verwirklichung ihrer Idee tun und berief erstmalig ein europäisches Parlament ein, das vom 7. bis zum 10. Mai im Haag tagen soll. Gestern nun erhielt dieses „europäische Parlament“ seine erste Absage und zwar von Seiten der britischen Labour-Partei, die, wie Minister Shinwell auf eine diesbezügliche Anfrage Churchills hin erklärte, sich wie folgt geäußert habe: „Der Parteivorstand hat das Empfinden, daß die Sache der europäischen Einigung viel zu wichtig ist, als daß man sie einer nicht-repräsentativen Konferenz anvertrauen könnte. Die vorgesehene Zusammensetzung des Kongresses erscheint uns nicht ganz einwandfrei, zumal da die Anzahl der Privatpersonen, die nach einem unbekannten Verfahren für die Teilnahme ausgewählt wurden, dem Kongreß den Charakter einer wirklich repräsentativen Angelegenheit raubt.“

Womit einesteils die Labour-Partei nicht so ganz Unrecht hat und andererseits die Tätigkeit der Föderalistischen Union durchaus nicht abgebremst zu sein braucht. Höchstens, daß sie dadurch wieder auf ihr ursprüngliches und eigentlich einzig berechtigtes Gebiet zurückgewiesen wird. Denn wenn sie, die Föderalistische Union, die Idee von der Notwendigkeit eines geeinten Europas genügend weit ins Volk getragen hat, werden die offiziellen Politiker dieselbe ohne extra Schwierigkeiten zu verwirklichen in der Lage sein.